

Vollversammlung am 2. Juli 2021

TOP 3 - Bericht des Präsidenten

Durchschnaufen ja – Aufatmen nein: Mit langem Atem weiter!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem uns die Pandemie mehr als ein Jahr lang in Atem gehalten und uns Welle um Welle mit neuen Herausforderungen konfrontiert hat, können wir heute gemeinsam einen Anflug von Normalität genießen: Die Infektionszahlen sind drastisch gesunken. Manche Eindämmungsmaßnahme ist zurückgenommen worden. Außerdem stehen nun umfangreiche Testkapazitäten zur Verfügung. Und die Impfung der Bevölkerung kommt sehr gut voran!

Dennoch sollten wir vorsichtig bleiben. Denn Deutschland hat vor einem Jahr schon einmal aufgeatmet und ist in trügerischer Sicherheit in einen entspannten Sommer gestartet. Die Zeche haben dann unter anderem viele Unternehmen während der zweiten und dritten Infektionswelle gezahlt. Sie wurden im Herbst vergangenen Jahres faktisch mit einem Berufsverbot belegt und manche mussten lange auf Unterstützung warten.

Konjunkturelle Lage: Licht und Schatten!

Unsere Konjunkturumfrage spiegelt diese Entwicklung: Eine Erholung zeichnete sich schon im Frühjahr in all jenen Branchen ab, in denen die Unternehmen dann wieder ohne Einschränkungen tätig werden konnten. So sorgten Industrie, Baugewerbe, Großhandel und einige unternehmensnahe Dienstleister dafür, dass sich das Geschäftsklima insgesamt aufgehellt hat.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Erholung bei Unternehmen, deren Tätigkeit mit und am Menschen stattfindet, hat sich verzögert. Wieder öffnen zu dürfen heißt eben nicht, dass alles wieder so ist wie vor der Pandemie. Der Infektionsschutz hat vielen Unternehmen bis in den Sommer hinein weitere Einschränkungen gebracht: den personenbezogenen Dienstleistern, dem Einzelhandel, dem Reise- und Verkehrsgewerbe, dem Gastgewerbe und der Veranstaltungswirtschaft.

Ich denke, Herr Vizepräsident Schröder – heute unser Gastgeber hier in Ferropolis – kann ein Lied davon singen, vermutlich ist es eines in Molltönen.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Krise ist noch nicht Geschichte: Vorhandene Reserven sind inzwischen aufgebraucht. Staatliche Hilfszahlen gehen zurück. Die Hälfte der Unternehmen in unserer Frühjahrsumfrage sagten, dass ihre Finanzlage durch Eigenkapitalrückgang oder Liquiditätsengpässe geschwächt ist – wohlgemerkt: über alle Branchen hinweg!

Corona-Pandemie: Lage entspannt – jetzt aus Erfahrungen lernen!

Diese Pandemie hat uns gelehrt, wie schnell sich die Lage wieder verschlechtern kann. Wir sollten uns deshalb jetzt nicht einfach darauf verlassen, dass es immer so bleibt wie es jetzt ist. Besonders im Hinblick auf die Eindämmungsmaßnahmen besteht derzeit angesichts der niedrigen Infektionszahlen die Gefahr, dass sich niemand kritisch mit den Maßnahmen der vergangenen Monate auseinandersetzt. Dabei wissen wir alle, dass diese alles andere als optimal waren.

Sollte es eine vierte Welle geben – was wir nicht hoffen wollen – so müssen wir aus den Erfahrungen der ersten drei Wellen lernen. Sonst besteht die Gefahr, dass die Politik wieder nur nach dem Prinzip Hoffnung agiert und wir praktisch wieder „bei null anfangen“.

Die IHK mahnt deshalb im Dialog mit der Politik Vorsorgemaßnahmen an. Ich will hier nur eine benennen – diese allerdings ist zentral: Wie wir aus unseren Umfragen wissen, gilt es, die finanzielle Basis der Unternehmen zu stärken. Es gibt zahlreiche Stellschrauben, an denen die Politik drehen kann: Verlustrückträge und steuerliche Entlastungen sind nur zwei Beispiele, wie mit kluger Wirtschaftspolitik jetzt ein zentrales Problem vieler pandemiegebeutelter Unternehmen angegangen werden kann, nämlich die deutliche Verschlechterung der Eigenkapitalsituation. Es geht vor allem um eines: Die Eigenkapitalsituation angeschlagener Unternehmen stabilisieren, die vielfach verhagelten Bilanzen des Jahres 2020 ausgleichen, Kapitaldienstfähigkeit sichern! Herr Dr. Ritter von Kempfski, unterstützt von Herrn Professor Brockmeier, hat dazu in den vergangenen Wochen einen vielversprechenden Ansatz vorgelegt. Möge er gehört finden!

Dies leitet zu meinem nächsten Thema über, der Bundestagswahl 2021. Denn viele dieser Weichenstellungen müssen auf Bundesebene erfolgen.

Wege aus der Krise: Bundespolitische Rahmenbedingungen für einen neuen Aufbruch gestalten!

Nach der Bundestagswahl am 26. September 2021 muss die neue Berliner Regierung die richtigen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aus der Krise ziehen. Und das heißt: die Rahmenbedingungen für Wachstum schaffen! Die IHK-Familie sagt „nein!“ zu immer neuen Konjunkturprogrammen und immer größeren Ausgabenpaketen. Denn dann, meine Damen und Herren, wird Deutschland ganz sicher schon mittelfristig die Puste ausgehen.

Viel wirksamer – und vor allem weniger belastend für den Staatshaushalt – sind Strukturreformen auf der Angebotsseite der Wirtschaft. Vereinfachend gesagt: bei all den Faktoren, die die Kosten der Unternehmen beeinflussen. Das fängt an mit Arbeitsgesetzgebung, geht weiter mit der Umwelt- und Energiepolitik und berührt auch und vor allem das leidige Thema Bürokratismus.

Deswegen ist die Wahl im kommenden September auch so wichtig: In der aktuellen politischen Landschaft schlagen viele Akteure politische Rezepte vor, die den Reformstau eher zementieren, anstatt ihn zu lösen.

Aber wir wollen nicht nur kritisieren, sondern auch beraten. Ein Positionspapier zur Bundestagswahl benennt die aus unserer Sicht zentralen Herausforderungen und zeigt Handlungsansätze auf.

Wir werden uns im weiteren Verlauf unserer Sitzung noch ausführlich damit befassen – deshalb hier nur einige wenige Gedanken dazu. Das Leitmotiv lautet „Wege aus der Krise“: Denn die Folgen der Krise zu bewältigen, das wird uns noch einige Jahre und wahrscheinlich die gesamte nächste Legislaturperiode des Bundestags beschäftigen.

Im Wesentlichen sehen wir einen Dreiklang der Lösungsansätze: Wir kommen aus der Krise nur heraus **erstens** mit hervorragenden Fachkräften, **zweitens** mit mehr Investitionen und Innovationen und **drittens**, wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen, damit sich Unternehmertum entfalten und entwickeln kann.

Also sind groß angelegte Umverteilungspakete die falsche Antwort auf die Krise. Nein, die Wachstumskräfte in der Wirtschaft müssen entfesselt werden. Deshalb gehören alle Politikfelder auf den Prüfstand. Dazu wie gesagt gleich mehr.

Wege aus der Krise: Auch die landespolitischen Rahmenbedingungen müssen stimmen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie mögen jetzt vielleicht denken: Papier ist geduldig – aber wie geht es weiter? Nun, hier kann ich mit Ihnen gleichzeitig in die Vergangenheit und die Zukunft schauen. Denn wir haben, wie Sie sicher noch wissen, auch im Vorfeld der Landtagswahl solche Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Die Ausgangslage war auch hier: Die Pandemie hat der sachsen-anhaltischen Wirtschaft massive strukturelle Schäden eingebracht, die es auch mit landespolitischen Maßnahmen zu beseitigen gilt. Auch die Magdeburger Politik muss die richtigen Weichen stellen und optimale Rahmenbedingungen schaffen. Sie erinnern sich: Wir haben den Landesparteien detailliert aufgeschrieben, mit welchen Konzepten eine neue sachsen-anhaltische Regierung die wirtschaftliche Dynamik ankurbeln könnte: Welche substanziellen Reformen nötig sind, um Wachstumspotenziale in der Wirtschaft zu heben? Auch hier haben wir auf der Kostenseite und natürlich auch bei der Bürokratiebelastung angesetzt. Ein Positionspapier ist nämlich nicht geduldig, sondern ungeduldig ...

Um diese Ansätze in die Politik zu bringen, hat die IHK mit den sechs im neuen Landtag vertretenen Parteien vor der Wahl diskutiert. Für uns neu war dabei das Format: Vier thematische Wahlabende zu unterschiedlichen Fragen von A wie Arbeitskosten bis Z wie Zuwanderung, sie fanden virtuell statt. Der eine oder andere unter Ihnen hat den Internet-Stream vielleicht verfolgt.

Engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem IHK-Präsidium, unseren Ausschüssen und Arbeitskreisen haben mit den Parteienvertretern deren Konzepte für die Landespolitik diskutiert. In vielen Punkten herrschte zumindest über die Ziele weitgehende Einmütigkeit. Aber was die Instrumente betrifft, die den Parteien vorschweben, gab es gleichwohl erhebliche Unterschiede. Messförderung für Unternehmen beispielsweise fanden alle richtig gut – übrigens auch die drei Vertreter der bisherigen „Kenia-Koalition“, welche diese Mittel dafür zuvor beschnitten hatte. Wir werden sehen, wie die kommende Regierung dieses „Magdeburger Mysterium“ auflöst.

Das Online-Format hat den Vorteil, dass wir die Diskussionen aufzeichnen konnten. Wir können also die Parteien während der Legislaturperiode an ihren Versprechen vor der Wahl messen: Gesagt ist gesagt.

Wasserstoffstrategie für Sachsen-Anhalt: IHK-Handschrift erkennbar!

Mit langem Atem im Gespräch bleiben, das mag in der Twitter-Demokratie altbacken wirken. Dass es sich aber doch lohnt, dafür habe ich jetzt ein Beispiel für Sie: die Wasserstoffstrategie des Landes.

Der Hintergrund: Inzwischen will nahezu jede Region in Deutschland – so hat man bisweilen den Eindruck – eine Modellregion für grünen Wasserstoff werden und beschließt dazu eine Strategie. Die sachsen-anhaltische Landesregierung war im vergangenen Mai soweit. Unsere IHK – und zwar federführend der Industrieausschuss – hat sich im Vorfeld intensiv in die Erarbeitung dieser Strategie eingebracht. Gemeinsam mit den Kollegen der IHK Magdeburg hat der Ausschuss dazu ein Positionspapier erarbeitet. Jetzt können wir Positives berichten.

In der verabschiedeten Strategie ist unsere Handschrift erkennbar:

- Sie setzt auf Technologieoffenheit – das heißt: auf Wasserstoff, der auf verschiedene Arten erzeugt wurde – zumindest für eine Übergangszeit. Das war eine unserer Hauptforderungen.
- Die Landesstrategie legt den Schwerpunkt auf Effizienz und sieht den Einsatz von Wasserstoff vor allem in der Industrie und im Verkehr. Es soll NICHT darum gehen, um jeden Preis und überall Wasserstoff einzusetzen. Auch das hatten wir angemahnt.

Insgesamt zeigt sich das Land also pragmatisch. Die Zusammenarbeit mit den Akteuren soll verstärkt; Forschung und Entwicklungen unterstützt werden.

Wie groß die Herausforderungen sind, belegt folgende Zahl: Das Mitteldeutsche Chemiedreieck hat einen Wasserstoffbedarf von rund 3,6 Milliarden Kubikmetern im Jahr, der bisher „grau“ ist, also aus Erdgas erzeugt wird. Bis zum Jahr 2030 sollen in Sachsen-Anhalt 1,8 Milliarden Kubikmeter „grüner Wasserstoff“ aus regenerativen Energien erzeugt werden.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung ist unsere Region schon gut aufgestellt. So untersucht der HYPOS e. V. seit über zehn Jahren, wie „grüner Wasserstoff“ wirtschaftlich produziert und genutzt werden kann. Und es gibt immer mehr konkrete Industrie-Projekte in Mitteldeutschland. Hier nur eine kleine Auswahl: Die Fraunhofer Gesellschaft errichtet in Leuna eine Elektrolyse-Demonstrationsanlage mit 3 Megawatt Leistung. Linde baut einen Elektrolyseur mit 24 Megawatt – auch in Leuna. Enviam forscht an neuen Wasserstoffnetzen in Bitterfeld-Wolfen und VNG an Speicherprojekten in Bad Lauchstädt. GETEC will den BioPharma-Park und vor allem IDT in Dessau-Roßlau mit grünem Wasserstoff versorgen.

Ganz innovativ wird es dann bei Südzucker in Zeitz. Dort plant man die Herstellung von Methanol unter Gewinnung des Wasserstoffs aus Zuckerrübenwasser.

Aktuell haben sich zahlreiche mitteldeutsche Industrieunternehmen zusammengeschlossen, um für die weitere stoffliche und energetische Nutzung von „grünem Wasserstoff“ das Pipeline-Netz auszubauen, insbesondere aus der Region Leuna in Richtung Leipzig.

Sie sehen: Was andere noch werden wollen, sind wir schon längst – eine „Wasserstoffregion“. Mit der entsprechenden politischen Unterstützung kann dieser Standortvorteil weiter ausgebaut werden. Die nun vorgelegte Strategie ist da ein guter Anfang!

Und unsere IHK wird auch gegenüber der neuen Landesregierung darauf weiter hinwirken, dass wir in Sachsen-Anhalt weiterhin wirtschaftsfreundliche Bedingungen für pragmatische Lösungen haben.

Duale Berufsausbildung: Besondere Anstrengungen lohnen sich!

Um Überzeugungsarbeit geht es auch in meinem nächsten Beispiel, wenngleich die Zielgruppe hier eine andere ist: unsere zukünftigen Fachkräfte. Hier müssen wir nicht Politikern einen Impuls geben, sondern junge Leute für die duale Berufsausbildung gewinnen. Das heißt: gleichermaßen sie selbst, ihre Eltern und ihre Großeltern ansprechen.

Die Ausgangslage ist nicht so richtig gut: Zwar ist die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse Ende Juni 2021 um 1,4 Prozent höher als im Vorjahr – ja, das ist eine gute Botschaft. Aber mit den 1.658 neu eingetragenen Ausbildungsverhältnissen wird der Vor-Corona-Wert noch nicht wieder erreicht.

Mittlerweile sind die Berufsorientierungsmaßnahmen wieder angelaufen, Beratungen fanden und finden sowohl virtuell als auch in Präsenz statt. An einigen Schulen wird Ausgefallenes nachgeholt. Schülerbetriebspraktika sind auch durch unseren Einsatz wieder erlaubt.

Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Zwischenappell: Nutzen Sie dieses gute Instrument – wenn möglich – auch in Ihrer Firma: Bieten Sie beispielsweise freiwillige Praktika in den Ferien! Sie helfen damit den jungen Leuten bei der Orientierung und unserer Wirtschaft – vielleicht auch Ihrem eigenen Unternehmen (?) – beim Ringen um die Talente von morgen. Und vielleicht lernen Sie so einen Ihrer Leistungsträger von morgen kennen.

Um in diesem Jahr keinen „verlorenen“ Corona-Ausbildungsjahrgang entstehen zu lassen, haben wir die Werbung intensiviert. Dazu starten wir in diesen Tagen die Kampagne „AZUBI-POWER! www.überflieger-werden.de“. Oder anders gesagt: Nach oben schauen heißt, nach oben kommen! Mit einem Flugzeug mit Banner machen wir alle unsere Zielgruppen – Schüler, Eltern und Großeltern – auf die duale Berufsausbildung aufmerksam und bedienen sie anschließend über unterschiedliche Medien: Zeitungen und Radio für die Älteren – Instagram, Spotify und ein Facebook-Chat für die Jüngeren. Unser Ziel ist, auf diese Weise viele zukünftige „Überflieger“ für eine Berufsausbildung zu gewinnen.

Parallel waren unsere Ausbildungsberater im Einsatz, teils gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit. Auch die IHK-„Ausbildungsbotschafter“ – Azubis aus unseren regionalen Unternehmen – gingen auf Gleichaltrige zu.

In einer zweiten Phase sprechen wir dann auch potenzielle Hochschulabbrecher – wir nennen sie „Studienverzweifler“ – in unserer Kampagne konkret an. Wir werden auch ihnen die Chancen der dualen Berufsausbildung aufzeigen: analog und digital, virtuell und virtuos.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die duale Berufsausbildung ist nicht vorstellbar ohne unser Ehrenamt. Ich meine die Prüferinnen und Prüfer. Mehr als 200 von ihnen hat die IHK für ihre langjährige Mitarbeit „Danke“ gesagt. In einer Online-Ehrung konnte ich den Prüferinnen und Prüfern für ihr zehnjähriges, 20- und erstmals auch 30-jähriges Engagement Ehrennadeln und Urkunden überreichen. Der Glückwunsch kam per Video, die Auszeichnung per Post.

Einige der Geehrten haben uns zurückgemeldet: Das sei zwar eine virtuelle Veranstaltung gewesen, aber trotzdem eine würdige Ehrung. Und dennoch freue ich mich darauf, demnächst auch wieder persönlich „Danke“ sagen zu können: zum Beispiel all den Unternehmen, die ihre Mitarbeiter für die wichtige Prüferarbeit freistellen. Nur so war es möglich, dass trotz der schwierigen Situation auch im zweiten Corona-Jahr alle Auszubildenden ihre Prüfung ablegen konnten und können.

Kurzurückblick IHK-Begrüßungsabend: Auch virtuell lässt sich Netzwerken!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist meine gute Nachricht zum Schluss: Es mangelt der Unternehmerschaft in unserer Region weder an Engagement noch an Mut oder Ideen. Einen eindrucksvollen Beleg dafür hat wieder einmal der IHK-Begrüßungsabend für neue IHK-Mitglieder beziehungsweise Existenzgründer geliefert. Vor dreieinhalb Wochen fand er – Sie ahnen es schon – virtuell statt.

Herr Vizepräsident Schrodke hat unsere neuen Mitglieder begrüßt und uns im Präsidium von diesem kurzweiligen und informativen Abend berichtet. Ganz begeistert war er vor allem von der großen Hingabe, mit der die Existenzgründer diesen Abend zur Präsentation ihrer Geschäftsideen genutzt haben: von der Trennflüssigkeit für entsorgte Verbundstoffe über das Beratungshaus für Cybersicherheit bis hin zur Spezialbuchhandlung für weibliche und diverse Literatur. Das ist er, der eingangs beschriebene Beleg für Einfallsreichtum und Energie der neuen Unternehmerinnen und Unternehmer aus unserer Region.

Auch der neunte IHK-Begrüßungsabend wurde von unseren neuen Mitgliedern gut und gern angenommen und bringt einen Nutzen sowohl für die Unternehmer als auch für die „Institution IHK“: Wir erreichen eine stärkere Mitgliederbindung und dadurch einen Imagegewinn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe meinen heutigen Bericht über die IHK-Arbeit der vergangenen Monate unter das Motto gestellt: „Durchschnaufen ja – Aufatmen nein: Mit langem Atem weiter!“ Kurz gesagt: Wir dürfen alle miteinander nicht nachlassen, auch wenn wir den unmittelbaren Druck der Pandemie vielleicht nicht mehr so stark spüren. Die Herausforderungen, die noch vor uns liegen, sind eher größer als kleiner geworden.

Aber Sie haben hier in den vergangenen Minuten verschiedene Unternehmertypen kennengelernt, die uns Mut machen:

- die engagiert diskutierenden Ehrenamtler in der Wahlarena,
- die Fachleute im Industrieausschuss, die an der innovativen Zukunft unseres Landes mitarbeiten,
- die Prüferinnen und Prüfer im langjährigen Einsatz für die Facharbeiterbasis in der Region
- und schließlich die jungen Gründerinnen und Gründer mit frischen Ideen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen zeigen: Unsere Unternehmerschaft und ihre IHK haben noch gut Luft!

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Im Vorfeld der heutigen Sitzung erhielt ich noch eine Wortmeldung aus dem Handelsausschuss. Ich darf deshalb, Frau Schiffner, stellv. Vorsitzende des IHK-Handelsausschusses, um ihr Wort bitten.

Bericht Frau Schiffner aus dem Handelsausschuss

Sehr geehrte Frau Schiffner, haben Sie vielen Dank!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, wir sollten der Empfehlung unseres Handelsausschusses folgen, einem „Bündnis für zukunftsfähige Innenstädte und Zentren auf Landesebene“ zustimmen und unser Hauptamt mit dem Anschieben einer solchen verbindlichen Allianz beauftragen.